

Die unterzeichnende Bezirksrätinnen, Katerina Anastasiou und Roja Ratzinger, stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 27. April 2022 folgenden

## **Resolutionsantrag**

Gleichbehandlung aller Geflüchteter

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass alle Mittel, Erleichterungen und Unterstützungen, die ukrainischen Geflüchteten zugutekommen, in gleichem Maße auch allen Geflüchteten und Vertriebenen aus anderen Kriegsgebieten zugutekommen.

Begründung:

Der Krieg in der Ukraine bringt ungeheuerliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Menschen verlieren ihr Zuhause, sterben infolge der Kriegshandlungen, Familien werden auseinandergerissen und es ist kein Ende in Sicht. Viele Menschen werden daher zur Flucht gezwungen und sind somit all den Nachteilen und Gefahren ausgesetzt, die eine Flucht mit sich bringt: u.a. hohe psychische Belastung, keine Perspektive, Gefahr für Leib und Leben, Gefahr von Menschenhandel, entpersonalisierter Umgang, keine finanziellen Mittel, mangelhafte Rechte.

Es ist richtig und absolut notwendig, dass diesen Menschen bestmöglich geholfen wird, und wir aufrichtig solidarisch mit ihnen sind. Daher ist es richtig, dass Österreich, Wien und unser Bezirk Maßnahmen ergreifen, um diesem Leid entgegenzuwirken. So können Ukrainer\*innen derzeit gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Österreich fahren, ihnen wird der Aufenthalt gewährt, ohne, dass sie einen rechtlichen Aufenthalt beantragen müssen, sie haben Arbeitsmarktzugang, sind krankenversichert und sie können in Wien ohne Parkpickerl parken. Auch viele private Unternehmen helfen Betroffenen aus der Ukraine mit diversen Maßnahmen und unzählige Privatpersonen etwa durch die Aufnahme von Geflüchteten bei ihnen zu Hause.

Geflüchteten aus anderen Ländern und Kriegsschauplätzen werden diese Maßnahmen nicht zuteil, obwohl sie dasselbe Leid und dieselben Nachteile erleben müssen. Selbst Menschen, die auch aus der Ukraine flüchten, aber nicht ukrainische Staatsbürger\*innen sind, werden von diesen Maßnahmen und Unterstützungen ausgeschlossen. Diese Andersbehandlung ist falsch, erfolgt ohne stichhaltige Begründung, sie ist schlichtweg rassistisch. In Flüchtlingsunterkünften erleben wir, dass diese selektive Solidarität sowohl bei Fachleuten als auch bei Betroffenen selbst auf Unverständnis und Empörung stößt.

Daher gilt: Alle Geflüchtete sollen dieselben staatlichen Unterstützungsmaßnahmen erhalten, weil sie ihnen zustehen.